

Acker als Geldanlage: Warnung vor Aus für bäuerliche Landwirtschaft Von Dorothee Jun- kers, dpa (Mit Bild)

Brüssel (dpa) - Goldgelbe Ähren wiegen sich im Wind, Kühe weiden auf saftigen Berghängen, der Blick schweift über fruchtbares Ackerland: Solche Aussichten lassen nicht mehr nur die Herzen und Bauern und Reiseveranstalter höher schlagen, sondern auch von Anlegern und Spekulanten. In Zeiten galoppierender Nahrungsmittelpreise, von Finanzkrise und Klimawandel investieren Regierungen, Unternehmen und Anleger weltweit zunehmend in Kauf und Bestellung von Feldern, Wiesen und Wäldern. Während die Anleger hohe Renditen erhoffen, warnen Kritiker vor der Bedrohung von Artenvielfalt und heimischer Landwirtschaft und dem Ausverkauf von Land an Konzerninteressen.

«Mit großer Sorge beobachten wir die Tendenz, dass zunehmend Aktienunternehmen und zahlungskräftige Industrielle in großem Maßstab in Kauf und Pacht von Agrarflächen einsteigen», erklärt Martin Hofstetter, Agrarexperte bei der Umweltorganisation Greenpeace. Das Problem aus Sicht der Kritiker: Es sind multinationale Konzerne oder Agrarproduzenten von der südafrikanischen Steinhoff Holding bis hin zur Hamburger KTG Agrar AG, die in Grund und Boden investieren.

Mit der Agrarius AG können Anleger sich an Agrarland in Rumänien oder Ostdeutschland beteiligen. Bulgarien, das Baltikum oder Tschechien sollen folgen. Die Firma kauft Land ein und verpachtet es an Bauern. Anleger können Anteile an Agrarius kaufen. Rendite sollen die wachsende Weltbevölkerung und das Preisgefälle zwischen Ost- und Westeuropa bringen. In Rumänien koste

Ackerland derzeit noch gut ein Zehntel soviel wie in Westeuropa, heißt es. «Wir bieten ein relativ konservatives Investment an, das in die Zeit passt», sagt Vorstand Wolfgang Brandt. «Man konzentriert sich heute mehr auf Sachwertanlagen, um der Finanzkrise ein Schnäppchen zu schlagen.»

Der Deutsche Bauernverband ist skeptisch. «Für eine ausgewogene Entwicklung kann es nicht in unserem Interesse und auch nicht politisch gesund sein, wenn europäische Unternehmen in Osteuropa einfallen und im großen Stil investieren», sagt Willi Kampmann, Chefverbandsvertreter in Brüssel. Die heimische, bäuerliche Landwirtschaft biete «eindeutige Vorteile» mit einer vielfältigeren Nutzung des Bodens und einer höheren Vielfalt der Kulturpflanzen. Großbetriebe seien an «maximaler Rendite» interessiert, denen Umweltauflagen und Rodungsverbote im Wege stünden.

Bei der Brüsseler EU-Kommission gibt man sich nüchterner. «Die EU-Kommission verfolgt diese Entwicklungen als Teil ihrer Analysen der Agrarwirtschaft», bemerkt der Sprecher von Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel, Michael Mann. Die Investitionen in Land folgten schlicht der wirtschaftlichen Logik.

Agrarius sieht sich als «Partner» der Landwirte. «Wir bieten ihnen langfristige Verträge an», betont Brandt. Aufgrund der kleinteiligen Strukturen in dem einst sozialistischen Land müsse ein Bauer sonst üblicherweise bis zu 100 Pachtverträge abschließen. «Wir bringen Liquidität in die Landwirtschaft

und ermöglichen so den optimalen Einsatz der Betriebsmittel.» Auch stelle Agrarius den Landwirten Daten und Beratung zur Verfügung. Rumäniens Regierung und Bevölkerung hießen die Deutschen willkommen. «Es werden Arbeitsplätze geschaffen, es geht voran, das Land entwickelt sich.»

Weltweit scheint der Trend nicht mehr aufzuhalten. In großem Stil kaufen China, Saudi-Arabien oder Südkorea Fläche in Afrika, der Ukraine oder den Philippinen ein. Hier lautet das Ziel: Die Ernährung der eigenen Bevölkerung. Schon spricht die spanische Nichtregierungs-Organisation «Grain» (Korn) von einer neuen Form des Kolonialismus.

Die Hilfsorganisation Oxfam warnt nicht nur vor zunehmender Bodenspekulation und steigenden Pachtpreisen. «In Entwicklungsländern stellt der Aufkauf von Land von ausländischen Investoren häufig eine Gefahr für die Ernährungssicherheit der einheimischen Bevölkerung dar», mahnt Agrarexpertin Marita Wiggerthale. Hofstetter gibt den zunehmenden Anbau von Biospritpflanzen wie Soja etwa in Südamerika zu Bedenken. «Dadurch wird langfristig Ackerfläche für die Ernährung der ansteigenden Weltbevölkerung entzogen», warnt er. Für ihn ist jetzt der Gesetzgeber gefragt: «Wir stehen einer ungezügelten Entwicklung sehr kritisch gegenüber.» dpa dj xx a3 rom